

Schweiz

Zunehmendes Kostenbewusstsein beim e-Government

[11.3.2004] In der Schweiz ist das Kostenbewusstsein beim e-Government deutlich gestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt das "e-Government-Barometer 2003" des Instituts für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus der Universität St. Gallen.

e-Government wird in der Schweiz von Bund, Kantonen und Gemeinden immer häufiger als ein Mittel gesehen, um Kosten zu sparen. Dennoch haben einige Kantone und fast 80 Prozent der Gemeinden noch immer keine Strategien für e-Government festgelegt. Zu diesem Befund kommt die Studie "e-Government-Barometer 2003" des Instituts für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus der Universität St. Gallen. "Die Zahl der Bundesämter, die Kosteneinsparungen als wichtigen Grund für die Einführung von e-Government nannten, ist 2003 um 14 Prozent gestiegen", sagt Kuno Schedler, Professor für Public Management an der Universität St. Gallen. Im Vergleich zum letzten Jahr führten Budgetrestriktionen auf allen Ebenen häufiger zum Stopp oder zur unvollständigen Ausführung von e-Government-Projekten. Darüber hinaus führten wesentlich mehr kantonale Verwaltungsstellen Kosten- und zum Teil auch Nutzenkalkulationen für e-Government durch. Selbst formulierte Strategien fehlen hingegen in vielen Bundesämtern und den meisten Gemeinden. "Das klingt einerseits nach ziellosem Aktionismus, andererseits ist zu hinterfragen, ob jedes Amt und jede Gemeinde schriftlich festlegen muss, was sie mit e-Government erreichen möchte", sagt Schedler. Wenn die Verantwortlichen eine klare Vorstellung davon hätten, was mit e-Government erreicht werden soll, könne dies völlig ausreichen.

<http://www.idt.unisg.ch>

Stichwörter: Schweiz

Quelle: www.kommune21.de